

Damit wir die Krise nicht doch bezahlen

Gewerkschaften und bundesweites Bündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ rufen zu einem heißen Herbst auf, um das asoziale Sparpaket zu stoppen

Das ist gut, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung muss verhindert werden. Dazu wird, wie Hans Urban vom IG Metall-Vorstand betonte, „mehr als eine Demonstration am Samstagmittag“ nötig sein. Ein Blick über die Grenzen ist da vielleicht hilfreich. Über 2 Millionen Franzosen protestierten Anfang des Monats gegen die geplante Anhebung des Rentenalters. Am 29. September sind in Spanien, Portugal und Griechenland Generalstreiks geplant. Es wird auch hierzulande nötig sein, die Arbeit niederzulegen und aus den Betrieben auf die Straße zu gehen. Es werden bis zu der Massendemonstration am 13. November vielfältige große und kleine Aktionen aller von den Sparplänen Betroffenen nötig sein. Und es bedarf eines andauernden, permanent anwachsenden Widerstands weit über den Herbst hinaus.

Aber es ist noch mehr nötig. Es geht auch um inhaltliche Klarheit über Charakter und Ursachen dieser Krise und über die richtigen Auswege aus derselben. Um Klarheit über den Klassencharakter des Berliner Sparpakets. Klarheit darüber, wie mit den „leeren Staatskassen“ umzugehen ist, wer sie geleert hat, wer sie zu füllen hat, wer hier über seine Verhältnisse lebt. Und schließlich geht es um eine gemeinsame Strategie der Gegner des sozialen Raubzuges. Eine Strategie, die auf Wachsen und Zusammenwachsen ausgerichtet sein muss. Ohne dies alles, ist der notwendige lange Atem unwahrscheinlich. Sind/waren „Bankenrettungsaktionen“ grundsätzlich notwendig, wie das teilweise in der IG-Metall gesehen wird, und müssen nur sozialverträglich geschultert werden? Kann man überhaupt Banken 600 Milliarden € an Garantien zuschanzen und dies sozialverträglich schultern?

Auslöser der Krise

Die Krise wurde doch ausgelöst, weil Banken und Spekulanten horrende imaginäre Gewinne verbuchen. Gewinne auf Pump, gestützt auf Schulden, die niemals bezahlt werden können. Die Drohung, mit dem Zusammenbruch des Banksystems war Vorwand zur ersten Banken-Stützungsaktion. Und als dies funktionierte, ohne dass ein Aufstand ausbrach, mussten „Spekulationen internationaler Fonds gegen den Euro“ herhalten, um gleich nochmals zuzugreifen -jetzt aber richtig.

Was jetzt der Bevölkerung zur Umverteilung genommen werden soll, sind reale Werte, die den Spekulationsschrott nachträglich versilbern. Sie sichern die Bankprofite, führen aber nicht aus der Krise. Im Gegenteil. Kaufkraftverlust kostet Arbeitsplätze und verstärkt die kapitalistische Überproduktionskrise. 82 Milliarden Euro sollen gespart werden z.B. an Elterngeld, Wohngeld, Heizgeldzuschüssen, nicht aber bei den Reichen. (10 % Steuer auf die Vermögen der Milliardäre brächte ein Mehrfaches der jetzt geplanten Einsparungen). Zahlen sollen vor allem die Ärmsten der Armen. Über ein Drittel die Arbeitslosen und Hartz IV-Empfänger. 40% der Einsparungen sollen im öffentlichen Dienst erfolgen (Streichung von 15.000 Stellen), was wiederum zu Lasten der Bevölkerung geht.

Auch die Gelder, die der Staat zu Gunsten der so genannten Realwirtschaft umverteilt, dienen nicht der

Krisenbewältigung im Interesse der Gesellschaft, sondern führen zur Züchtung neuer, größerer Krisen.

Gewachsen im Aufschwung ist nicht die reguläre, sondern die prekäre Beschäftigung, verbunden mit sinkenden Durchschnittseinkommen - also wieder Kaufkraftverlust.

Gestiegen ist der Exportüberschuss. Angehäuft werden wieder Schulden aus Ländern mit negativer Außenhandelsbilanz, Schulden die nie bezahlt werden können. Neue Stützungsaktionen werden folgen. Zu bezahlen wieder von den abhängig Beschäftigten, den Rentnern, Arbeitslosen etc. Und zwar wieder nicht nur in den Schuldnerländern, wie Griechenland usw., sondern auch wieder bei uns. Der forcierte Exportüberschuss trägt die Krise in die entferntesten Winkel der Erde. Von dort kommt sie mit doppelter Wucht zurück.

Raubzug stoppen – Widerstand stärken

Der Raubzug kann gestoppt werden, wenn der Widerstand wirklich massenhaft wird. Er kann gestoppt werden, wenn über die Aktion hinaus auch gemeinsame Erkenntnisse der Akteure wachsen. Dazu gehört auch, dass antikapitalistische Kritik, die Frage nach einer sozialistischen Zukunft nicht tabuisiert werden darf.



Die Sorge vieler KollegInnen, die jetzt anlaufenden Aktionen könnten „nur zum Dampf ablassen“ missbraucht werden, Leute oder Organisationen/Parteien könnten sich an die Spitze der Bewegung stellen, um diese umzubiegen, diese Sorge kann verringert werden. Nämlich dann, wenn die Aktionen eben nicht nur von wenigen geführt werden, sondern von breiten Bündnissen, wie das z.B. der Beschlusslage des letzten IG Metall Gewerkschaftstages entspricht.

Sekretariat der IVG

Problematischer Trend

WSI-Studie: In Tarifverträgen steigt Anteil von Einmalzahlungen gegenüber tabellenwirksamen Lohnerhöhungen. Langfristig negative Folgen für Einkommensentwicklung

Die Bedeutung von Einmalzahlungen in Tarifverträgen nimmt zu. Diesen Trend hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung in einer Studie festgestellt. Der am Donnerstag vorgestellten Untersuchung zufolge ist eine Ursache hierfür die Tatsache, daß sich die durchschnittlichen Laufzeiten der Vereinbarungen deutlich verlängert haben. Die Folge ist laut WSI eine Entkoppelung der Einkommensentwicklung von der Steigerung der Preise und der Produktivität.

Einmalzahlungen sind ein seit langem genutztes Instrument der Tarifpolitik, stellte Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs, einleitend fest. So werden beispielsweise sogenannte Verzögerungsmonate – also der Zeitraum zwischen auslaufendem und neuem Tarifvertrag – traditionell durch Einmalbeträge überbrückt, damit die Beschäftigten in dieser Zeit nicht leer ausgehen. Zuletzt sind diese Zeitspannen allerdings immer größer geworden. Eine Ursache ist, daß die Laufzeit der Verträge selbst in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Bis in die 1990er Jahre hinein galten Tarifvereinbarungen in der Regel für ein Jahr, die Lohnsteigerungen traten meist unmittelbar oder zumindest bald nach dem Abschluß in Kraft.

Das hat sich grundlegend geändert: Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts lagen die durchschnittlichen Laufzeiten bei 20 Monaten, während der Wirtschaftskrise sogar bei gut zwei Jahren. Damit einher ging eine Zunahme der Verzögerungsmonate. Laut WSI dauerte es in den vergangenen Jahren im Schnitt fünf bis zehn Monate, bis die dauerhafte Entgeltsteigerung wirksam wurde. Zum Teil wurden diese Lücken überhaupt nicht überbrückt: Jeder zehnte Abschluß sah für diese Zeiten keine Kompensation vor. In wirtschaftlich schlechten Jahren gab es solche »Nullmonate« gar in rund der Hälfte der Verträge.

Aber auch wenn zum Ausgleich Einmalbeträge gezahlt werden, wirkt sich dies für die Beschäftigten dauerhaft negativ aus, wie Bispinck betonte. Wenn beispielsweise ein Arbeiter mit einem Bruttomonatslohn von 2000 Euro statt einer tabellenwirksamen Erhöhung um zwei Prozent einmalig 480 Euro erhält, steht er im ersten Jahr nicht schlechter da. Doch ab dem zweiten Jahr fällt sein Einkommen deutlich niedriger aus. Mit jeder weiteren

Lohnerhöhung vergrößert sich der Abstand, weil Zins- und Zinseszinsseffekte bei Einmalzahlungen entfallen, rechnete der Wissenschaftler vor.

Anders die Verbraucherpreise: Sie steigen nicht befristet, sondern kontinuierlich. Die Hoffnung, daß die Einkommensrückstände zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgeholt werden könnten, erweise sich »regelmäßig als unrealistisch«, berichtete Bispinck. Pauschalen und Einmalzahlungen trügen demnach dazu bei, die Lohnentwicklung von Preis- und Produktivitätssteigerungen zu entkoppeln. Der WSI-Mann empfiehlt den Tarifparteien deshalb, das Instrument der Einmalbeträge künftig seltener anzuwenden und diese »wieder auf ihre ursprüngliche Funktion zurückzuführen, wenige Verzögerungsmonate zu Beginn der Laufzeit zu überbrücken«.

Das sollte sich beispielsweise die IG Metall bei der in der kommenden Woche beginnenden Stahl-Tarifrunde zu Herzen nehmen. Bei der letzten Vereinbarung in der Branche waren zwischen April und Dezember 2009 neun Monate mit einer 350-Euro-Pauschale überbrückt worden, bevor die tabellenwirksame Lohnerhöhung von zwei Prozent in Kraft trat. In der Metall- und Elektroindustrie akzeptierte die Gewerkschaft gar elf Monate ohne dauerhafte Lohnsteigerung; mit Einmalzahlung von 320 Euro (Mai 2010 bis März 2011). Erst dann bekommen die mehr als drei Millionen Metaller 2,7 Prozent mehr Geld. Wegen der extrem langen Laufzeit – die Vereinbarung endet erst zum 31. März 2012 – können sie trotz des Aufschwungs in diesem und im kommenden Jahr nicht für höhere Löhne kämpfen.

Die Tageszeitung
junge Welt

Kaum Arbeitskämpfe in der Krise Burgfrieden mit dem „eigenen“ Kapital?

Am 5.8.10 veröffentlichte die Hans Böckler Stiftung eine Studie des WSI, wonach in der Krise die Zahl der Streik-/Warnstreik-Tage noch einmal drastisch gesunken ist. In den ersten 6 Monaten 2010 verglichen mit dem gleichen Vorjahreszeitraum um 60 %. Schon vorher war die deutsche Arbeiterbewegung eine der streikfaulsten in Europa.

Liegt das daran, dass bei uns der Lebensstandard der Beschäftigten und damit die Zufriedenheit sehr hoch ist, oder dass gar ein gutes Sozialklima in den Betrieben und der Gesellschaft, Harmonie und sozialen Frieden fördern? Beides wohl kaum!

Oder haben die Leute infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise mehr Angst und deshalb noch weniger Kampfbereitschaft als früher, wie Heiner Dribbusch vom WSI vermutet? Das schon eher! Aber ist das wirklich die vollständige Erklärung? Sind die Deutschen so viel ängstlicher als ihre KollegInnen in den Nachbarländern?

Es dürfte wohl nicht zuletzt daran liegen, dass auch in Gewerkschaften eine Politik forciert wird, gemeinsam mit dem „eigenen Kapital“ die „eigene Konkurrenzfähigkeit“ zu sichern und die Krise auf Andere (andere Standorte,

andere Konzerne, andere Länder) abzuwälzen. Nach dem Motto „Wir“ müssen als Sieger aus der Krise hervorgehen.

Also eine Politik, die man (wäre man gehässig) als Lohn- und Sozialdumping bezeichnen könnte. Immerhin sind in Deutschland Lohnstückkosten und Durchschnittslohn (die prekären Arbeitsverhältnisse eingerechnet) gesunken.

Eine solche Politik wäre aber diametral dem gewerkschaftlichen Grundgedanken entgegengesetzt, wonach die Gewerkschaften vor allem die Aufgabe haben, die Konkurrenz der abhängig Beschäftigten untereinander zu unterbinden. Dumping löst eine Abwärtsspirale ohne Ende für Alle aus, die auch auf die „Dumper“ zurückfällt.

Noch nicht einmal der Krise wird man so in einer globalen Weltwirtschaft auf Dauer entgehen, wie die Berliner Sparpläne anschaulich zeigen.

Die Krise ist nicht vorbei, sie holt nur Luft, um erneut zuzuschlagen. Ein nationales Ausbrechen aus einer internationalen Wirtschaftskrise wird nicht funktionieren. Mögen vielleicht die „eigenen Kapitalisten über andere obsiegen, die Beschäftigten werden so nicht zu den Siegern zählen.

Manfred Jansen, Stuttgarter Zukunftsforum

Gastkommentar: VERBOTEN KÄMPFERISCH !

Das zeitweilige Verbot für die FAU Berlin, sich "Gewerkschaft" oder "Basisgewerkschaft" zu nennen

Am 10. Juni 2010 gewann die FAU Berlin in zweiter Instanz den Rechtsstreit mit dem Berliner Kino "Babylon" um die Frage, ob sie sich als Gewerkschaft oder Basisgewerkschaft bezeichnen darf. Nachdem das Berliner Landgericht in erster Instanz noch der Geschäftsführung Recht gegeben hatte, vertrat nun das Berliner Kammergericht als übergeordnete Instanz die Ansicht, dass das Verbot einen unzulässigen Eingriff in die Meinungsfreiheit darstellen würde. Gegen das Urteil ist keine Revision seitens der Bosse mehr möglich.

Angefangen hatte der Konflikt im einzigen öffentlich subventionierten Berliner Lichtspielhaus im Bezirk Mitte (jährlich etwa 350 000 € Zuwendungen seitens des Kultursenats), als die ca. 30 prekär Beschäftigten Ende des Jahres 2008 die miesen Arbeitsbedingungen und die extrem niedrigen Löhne nicht mehr hinnehmen wollten. Zusammen mit ihrer Gewerkschaft FAU und einem neu gewählten Betriebsrat nahm die Belegschaft den Kampf gegen die Geschäftsleitung auf. Der Arbeitskampf im halbkommunalen Kino Babylon Mitte war dabei von Anfang an durch mehrere Besonderheiten gekennzeichnet:

Die beiden Geschäftsführer hatten einen kurzen Draht zum damaligen Kultursenator aus der Partei "Die Linke" und der rot-rote Senat zeigte lange Zeit keinerlei Anzeichen einer Intervention in den Konflikt. Andererseits kämpfte die Belegschaft äußerst entschlossen und die Unternehmer bekamen es zudem mit dem Engagement der Basisgewerkschaft FAU zu tun. Dies bedeutete über einen längeren Zeitraum, dass vor dem Betrieb Flugblätter verteilt und zum Boykott aufgerufen wurde, immer wieder picket-lines aufzogen und es im Januar 2010 zu einer bundesweit mobilisierten Demonstration mit etwa 600 TeilnehmerInnen in Berlin kam.

Zusätzlichen Druck übten Aktionen während der Berlinale 2009 und 2010 aus. Die regionalen und überregionalen (linken) Medien und Zeitungen berichteten wohlwollend über den Arbeitskampf und der beteiligten Gewerkschaft FAU, so dass in der Öffentlichkeit weiterer Druck entstand. Der Geschäftsleitung sprangen dagegen die Gerichte und leider auch ver.di zur Seite. Der FAU, als mit Abstand größte im Betrieb vertretene Gewerkschaft, wurde zuerst per einstweiliger Verfügung der Boykott und schließlich gerichtlich sogar die Selbstbezeichnung "Gewerkschaft" untersagt.

Nachdem die FAU einen von der Belegschaft ausgearbeiteten und auf einer Betriebsvollversammlung abgestimmten Vorschlag für einen Haustarifvertrag vorgelegt hatte, mischte sich in der zweiten Jahreshälfte 2009 ver.di in den Konflikt ein. Auf ein Angebot der FAU zu einer Tarifgemeinschaft ging ver.di nicht ein, obwohl dies von einer Belegschaftsversammlung ausdrücklich gefordert wurde. Hinter dem Rücken der Beschäftigten, der FAU-Betriebsgruppe und dem Betriebsrat, verhandelte ver.di einen eigenständigen Haustarifvertrag mit der Geschäftsführung aus.

Nun erhielten die Kinobeschäftigten zwar mehr Lohn, aber die schlechten Arbeitsbedingungen sind bei weitem noch nicht behoben. Und die Bosse reagierten zudem mit Entlassungen, womit momentan nur noch etwa 17 ArbeiterInnen im Babylon beschäftigt sind. Die FAU Berlin kämpfte währenddessen auch noch an der juristischen Front, um die einstweilige Verfügung mit Strafandrohung in Höhe von 250.000 € oder sechs Monaten Haft gegen ihren Gewerkschaftssekretär vom Tisch zu bekommen. Nach einem halben Jahr des Kampfes gegen das de-facto-Verbot und einer Welle der Solidarität im Ausland (mit Aktionen in vier Kontinenten), konnte die FAU Berlin wenigstens einen Teilerfolg feiern und diesen bis jetzt letzten Rechtsstreit gewinnen. Nach dem Sieg im Kampf um die Gewerkschaftsfreiheit steht der nächste wichtige Konflikt schon im Raum. Nach dem positiven Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Tarifeinheit in den Betrieben und den Plänen aus Wirtschaft (BDA und DGB) und Politik (alle Parteien), dieses Urteil gesetzlich wieder auszuhebeln, muss sich die Basisgewerkschaft FAU auch in eigenem Interesse am Kampf gegen dieses Vorhaben beteiligen.

Roman Danyluk

Brief an die extranet-Redaktion der IG Metall

Liebe KollegInnen,

ich hab mir die extranet-Ausgaben der letzten Wochen durchgeschaut und mit Befremden festgestellt: es wurde nicht ein einziges mal über die Proteste in Stuttgart gegen das Milliardengrab Stuttgart21 berichtet.

Zehntausende mehrmals die Woche auf der Straße, darunter sehr sehr viele KollegInnen aus den Betrieben, ist keine Meldung wert. Auch die bundesweit zunehmend S21-kritische Berichterstattung in den Medien (FR, Süddeutsche, Stern,...) wird den Lesern nicht weitergegeben.

Behaupte keiner, Stuttgart21 sei kein Thema, das uns Gewerkschafter nicht zur Stellungnahme herausfordern würde:

- der DGB Region Stuttgart und Ba-Wü hat sich klar gegen S21 und für die Alternative Optimierung Kopfbahnhof (K21 ausgesprochen)
- der Verdi-Bezirk Stuttgart ebenso, und
- die Delegiertenversammlungen der IG Metall in der gesamten Region - nämlich: Stuttgart, Waiblingen, Ludwigsburg, Aalen-Schwäb.-Gmünd -haben klar Position gegen S21 bezogen!

Ich habe keinerlei Verständnis für diese Nicht-Information, die in ihrer Wirkung einer Unterstützung dieses Projekts gleichkommt!

Setzt die Beschlüsse der IG Metall-Delegiertenversammlungen um:

- schafft Öffentlichkeit über die unhaltbare Vorgehensweise von Politik und Bahnvorstand!
- veröffentlicht die S21-kritischen Berichte u.a. in FR, Süddeutscher Zeitung, Stern!
- veröffentlicht die links zu den Seiten der S21-Gegner:

<http://www.kopfbahnhof-21.de/>

<http://www.parkschuetzer.de/>

Gruß aus Stuttgart, das will nämlich **OBEN BLEIBEN!**

Tom Adler



50-Milliarden-Subvention

Ein Drittel aller Ausgaben für Hartz IV wird für Aufstockung von Niedrigeinkommen ausgegeben.....

Hartz IV wird offenbar immer mehr zu einem Subventionierungsprogramm für Unternehmen, die Billiglöhne zahlen. Jeder dritte Euro, der im vergangenen Jahr im Rahmen der »Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfsbedürftige« ausgegeben wurde, diente dazu, Niedriglöhne aufzubessern. Dies geht aus einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine schriftliche Anfrage des Vorsitzenden der Partei Die Linke, Klaus Ernst, hervor, deren Zahlen am Donnerstag erstmals in der Frankfurter Rundschau (FR) veröffentlicht wurden. Demnach hatte der Anteil der Aufstockungszahlungen 2005 noch bei knapp acht Milliarden Euro gelegen, Ende des vergangenen Jahres betrug er 11,2 Mrd.€. Das entspricht einem Anstieg von 20 auf 30 Prozent. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für Hartz IV 2009 auf etwa 36 Mrd. €. Seit der Einführung von Hartz IV wurden demnach Steuermittel in Höhe von rund 50 Mrd. € für Menschen ausgegeben, deren Erwerbseinkünfte nicht zum Leben reichen.

Rente mit 67 Jahren ist nicht vertretbar

DGB und VdK haben ihren 4. Monitoring-Bericht zur Altersversorgung vorgelegt. Nur 9,2 % der 63jährigen und 6,3 % der 64jährigen haben noch eine Vollzeitbeschäftigung. In den Gesundheitsberufen sind sogar nur 2,6 % aller Beschäftigten über 60 Jahre alt. Die sozialen Folgen der Chancenlosigkeit Älterer am Arbeitsmarkt sind bereits heute schon gravierend: 46,6 % aller AltersrentnerInnen gehen mit Abschlägen in den Ruhestand – mit Rentenkürzungen von durchschnittlich 114€. Nach Statistiken der EU sind heute schon 17 % der über 65jährigen von Armut bedroht. Die durchschnittliche Erwerbsminderungsrente beträgt mittlerweile gerademal 643€ und liegt damit unter dem Sozialhilfeniveau.

Textilarbeiterstreik in Kambodscha erzielt Achtungserfolg

Zehntausende hatten den Mut, trotz aller Drohungen von Seiten des Kapitals und der Regierung öffentlich für ihre Rechte einzutreten und einen nationalen Streik zu führen. Ihr Ziel: eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns. Gewerkschaftsvertreter sprechen davon, dass auf dem Gipfelpunkt der Aktionen bis zu 200.000 Beschäftigte in mehr als 90 Fabriken die Arbeit im September für eine Woche niedergelegt haben. Das wären ungefähr 2/3 aller in der Branche Beschäftigten. Obwohl bis jetzt noch kein Ergebnis erreicht wurde, sehen die Protestierenden ihren Streik nicht als Niederlage. Die Regierung will mit Gewerkschaften und Unternehmen verhandeln.

Wie heiß wird der Herbst?

Am 22. September eröffnete die IG Metall mit mehr als 2000 FunktionärInnen in Sindelfingen die Kampagne gegen Sparpaket, Gesundheitsreform, Rente 67 und Leiharbeit. Als nächste Schritte will die IG Metall im Südwesten zwischen dem 20. und 29. Oktober zu regionalen Aktionstagen und am 13. November zu einer landesweiten Großkundgebung aller DGB-Gewerkschaften in Stuttgart aufrufen. Zudem sollen in den Betrieben Hunderttausende Abstimmungskarten ausgefüllt werden, um dem Protest gegen das Sparpaket Ausdruck zu verleihen. „Erfolg wird uns beschieden sein, nicht wenn wir ein Strohfeuer abbrennen – das werden die Regierenden aussitzen – sondern wenn wir Kontinuität zeigen, auch über den 13. November hinaus“, erklärte der baden-württembergische Bezirksleiter Jörg Hofmann. Wir werden ihn an seinen Taten messen und entsprechenden Druck entfalten, dass die Proteste diese Kontinuität bekommen

Weitere Infos über die Gewerkschaftslinken sind im Labournet unter:
www.labournet.de/GewLinke

Behr KollegInnen fordern kämpferische Gewerkschaften - im Kampf gegen Betriebsschließung wie gegen S21

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe S21 Gegnerinnen und Gegner!

Die Bewegung gegen Stuttgart 21 hat das Motto geprägt „Das ist unsere Stadt“. Zu dieser Stadt gehören der Bahnhof, der Park, der öffentliche Verkehr. Aber auch unsere Arbeitsplätze. Es wird behauptet, S 21 schaffe 10.000 neue Arbeitsplätze durch angeblich neue Büros und Gewerbebetriebe, die auf den freien Gleisflächen entstehen sollen. Das ist aber nicht die Wahrheit. Wir erleben nämlich, dass in Stuttgart Büros und Fabrikgebäude leerstehen und überall Arbeitsplätze vernichtet werden. Warum soll sich auf einem neuen Gewerbegebiet auf dem bisherigen Gleisfeldes des Hauptbahnhofes Industrie und Gewerbe ansiedeln, wenn das Gewerbegebiet in Feuerbach zur industriellen Ruine wird. Ein Beispiel dafür ist Behr in Feuerbach. Hier gibt es gerade noch 220 Arbeitsplätze in der Produktion und diese sollen jetzt auch noch vernichtet werden. Das Werk 8 soll bis zum 30.9.2010 geschlossen werden. (...) Eigentlich wäre es die Aufgabe der Gewerkschaften einen entschlossenen Kampf sowohl für den Erhalt aller Arbeitsplätze als auch gegen den Unsinn S21 zu führen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist für einen radikalen Kurswechsel in den Gewerkschaften, somit auch in der IGM zu sorgen. Wir brauchen dringender denn je die alte Stärke der Gewerkschaften und mehr Demokratie. Behr will uns die nächsten Tage entlassen, deshalb sind wir auch auf Eure Unterstützung angewiesen und freuen uns jetzt schon über Eure Solidarität.

BEHR Werk 8 Beschäftigte wirbleibenhier@hotmail.de

Das komplette Flugblatt auf der Webseite von Thomas Trueten

<http://www.trueten.de/uploads/FlugiBehrW8Koll.pdf>



Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen –

Christa Hourani – Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 23.Sept. 2010